

Zeitschrift: Brugger Neujahrsblätter
Herausgeber: Kulturgesellschaft des Bezirks Brugg
Band: 97 (1987)

Artikel: Stausee oder Kanal? : Diskussionen um Kraftwerk-Projekte bei Brugg in den Jahren 1929-1931
Autor: Belart, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-900793>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Belart

Stausee oder Kanal?

Diskussionen um Kraftwerk-Projekte bei Brugg in den Jahren 1929–1931

Dass Kraftwerkfragen einige Brisanz beinhalten, ist eine Erkenntnis, die nicht erst seit den Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Kaiseraugst bekannt ist. In unserer Region hat man schon vor fünfzig Jahren Erfahrungen ähnlicher Art gemacht. Dies mag uns das folgende Beispiel illustrieren.

*

Im Sommer 1953 wurde das Aarekraftwerk in Villnachern nach vierjähriger Bauzeit in Betrieb genommen. Damit wurde eine Planungsphase abgeschlossen, welche fast ein halbes Jahrhundert gedauert und in Brugg und den umliegenden Dörfern leidenschaftliche Diskussionen hervorgerufen hatte. Sie drehten sich um einen breit gefächerten Fragenkatalog: Wie sollte die Region Brugg in Zukunft aussehen? Würde die Ebene zwischen Holderbank und Altenburg von den Wassermassen eines Stausees überflutet werden? Sollten kulturhistorisch einmalige Baudenkmäler samt den Auenwäldern bei Umiken dem «Fortschritt» geopfert werden? Oder war einem Kanalwerk der Vorzug zu geben? Stinkende, verschlammte Pfützen und ein ausgetrocknetes Kiesbett anstelle des alten Aarelaufs? Und die prächtige Aussicht von Vierlinden – sollte sie durch eine auf dem Reissbrett entstandene Wasserstrasse entstellt werden?

Andererseits: «Brugg am See» – das tönt doch ganz gut! Respektable Steuereinnahmen durch den Bau eines energiewirtschaftlichen Grossprojekts – wer wollte sich solche entgehen lassen? Nötigenfalls liessen sich doch sicher Mittel und Wege finden, da und dort etwas nachzuhelfen, falls Schwierigkeiten auftauchen sollten. Villnachern würde bei der Verwirklichung eines Stausees zwar einen Drittel seines Kulturlandes verlieren, aber wer wollte denn so eng denken, wenn Arbeitsplätze, Wohlstand, Aufschwung in Aussicht standen?

Der vorliegende Bericht befasst sich zum einen mit den bemerkenswertesten Projekten, zum andern soll er aufzeigen, wie die verschiedenen

Interessengruppen ihre Vorteile mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wahrzunehmen versuchten.

*

Am 17. September 1913 erfuhren die Leser des Brugger Tagblatts, dass die Firma Locher Co. in Zürich der aargauischen Regierung ein Konzessionsgesuch zur Ausnützung der Aare-Wasserkraft auf der Strecke von Wildegg nach Brugg eingereicht hatte, nachdem sich schon früher die Bundesbahnen mit solchen Gedanken getragen hatten. Der 1. Weltkrieg kam dazwischen; der Grosse Rat erteilte die Konzession erst Ende 1917. Zwei Jahre später trat die Motor Columbus AG in Baden als neue Konzessionärin auf, die ihrerseits 1929 durch die Aarewerke AG abgelöst wurde. Doch erst die NOK, die 1947 eine Konzession zugesprochen erhielt, realisierte schliesslich das Werk – merkwürdigerweise wählte sie dafür eine Variante, die dem ursprünglich vorgesehenen Projekt der Firma Locher sehr nahe kam.

Am phantasievollsten geplant, am lebhaftesten debattiert, argumentiert und gestritten wurde aber in den Jahren 1929–1931, auf die ich mich in der Folge konzentriere. Man glaubte damals, der Beginn der Bauarbeiten stehe in Kürze bevor, es handle sich nur noch darum, diesem oder jenem Projekt den Vorzug zu geben. Nachdem aber keine allgemein befriedigende Lösung gefunden werden konnte, suchten die Ingenieure der Motor Columbus intensiv nach immer neuen Varianten, allerdings ohne dass jemals eine solche von allen Beteiligten akzeptiert wurde. Die aufgeworfenen Fragen und Probleme waren derart unterschiedlich und vielschichtig, dass nur ein Kompromiss Aussicht auf Erfolg haben konnte.

*

Der Brugger Stadtrat beschäftigte sich schon früh intensiv mit diesem Geschäft. Eine allfällige Änderung des Wasserspiegels und des Gefälles betraf nämlich traditionelle Institutionen des Städtchens, so das städtische Elektrizitätswerk von 1890 und den Genie-Waffenplatz, den man sich unter allen Umständen erhalten wollte.

Es stand aber noch weit mehr auf dem Spiel. Es ging um die Entwicklungsrichtung einer ganzen Region. Wo würde sich künftige Industrie ansiedeln? – Wie sollte Brugg nach dem Bau des Kraftwerks aussehen? –

Und vor allem: Wohin sollten die erwarteten reichlichen Steuergelder fließen? Doch nicht etwa in die Landgemeinden? Der Stadtrat strebte daher an, das geplante Maschinenhaus auf Brugger Boden zu bekommen, auch wenn dafür Opfer gebracht werden mussten.

*

Auf dem Land hatte man andere Sorgen. Vor allem Villnachern hatte schwerste Befürchtungen wegen des zu erwartenden hohen Landverlusts. Die Existenz einer Reihe landwirtschaftlicher Betriebe, ja des ganzen Dorfes schien auf dem Spiel zu stehen. Man hatte grosse Summen in die Erschliessung und Melioration der fraglichen Gebiete investiert – vergebens?

Umiken, das wenig zu verlieren hatte, sah unverhofft eine Möglichkeit, enger mit Brugg verbunden zu werden, denn längst schon drängte man auf eine Eingemeindung. Schinznach, Veltheim und andere betroffene Gemeinden verhielten sich anfänglich eher abwartend, obwohl auch hier zumindest mit jahrelanger Bautätigkeit gerechnet werden musste.

*

Ausserdem erschien aber eine ganze Anzahl weiterer Interessengruppen, in erster Linie natürlich der Staat als wichtigster Abnehmer und die Aarewerke AG als Lieferant des Stroms. Es sollte möglichst viel möglichst günstiger Strom erzeugt werden. Als potentieller Käufer trat auch noch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen auf, das bereit war, eventuell freie Energiemengen zu übernehmen. (Eine Aktennotiz von 1942 beweist, dass sich selbst Rüstungsminister Speer mit dem Werk beschäftigte, denn er sagte damals die Lieferung von Rohmaterial zu, in der Hoffnung, so den Baubeginn beschleunigen zu können.)

Andererseits meldeten sich immer wieder die Verantwortlichen der Schwefeltherme Bad Schinznach zum Wort. Sie befürchteten, ihre Anlage könnte wegen der nötigen baulichen Veränderungen in der allerersten Umgebung stark an Reiz verlieren; die Quelle könnte gar gänzlich versiegen, waren doch eine Absenkung des Grundwasserspiegels und tiefe Eingriffe in die Geologie dieser Gegend zu erwarten.

Auch der Naturschutz trat – damals schon! – auf, doch gewinnt man den Eindruck, jene Zeit sei für seine Argumente noch nicht sehr hellhörig gewesen.

*

Was wurde nun diskutiert? Wie sahen die verschiedenen Projekte aus?

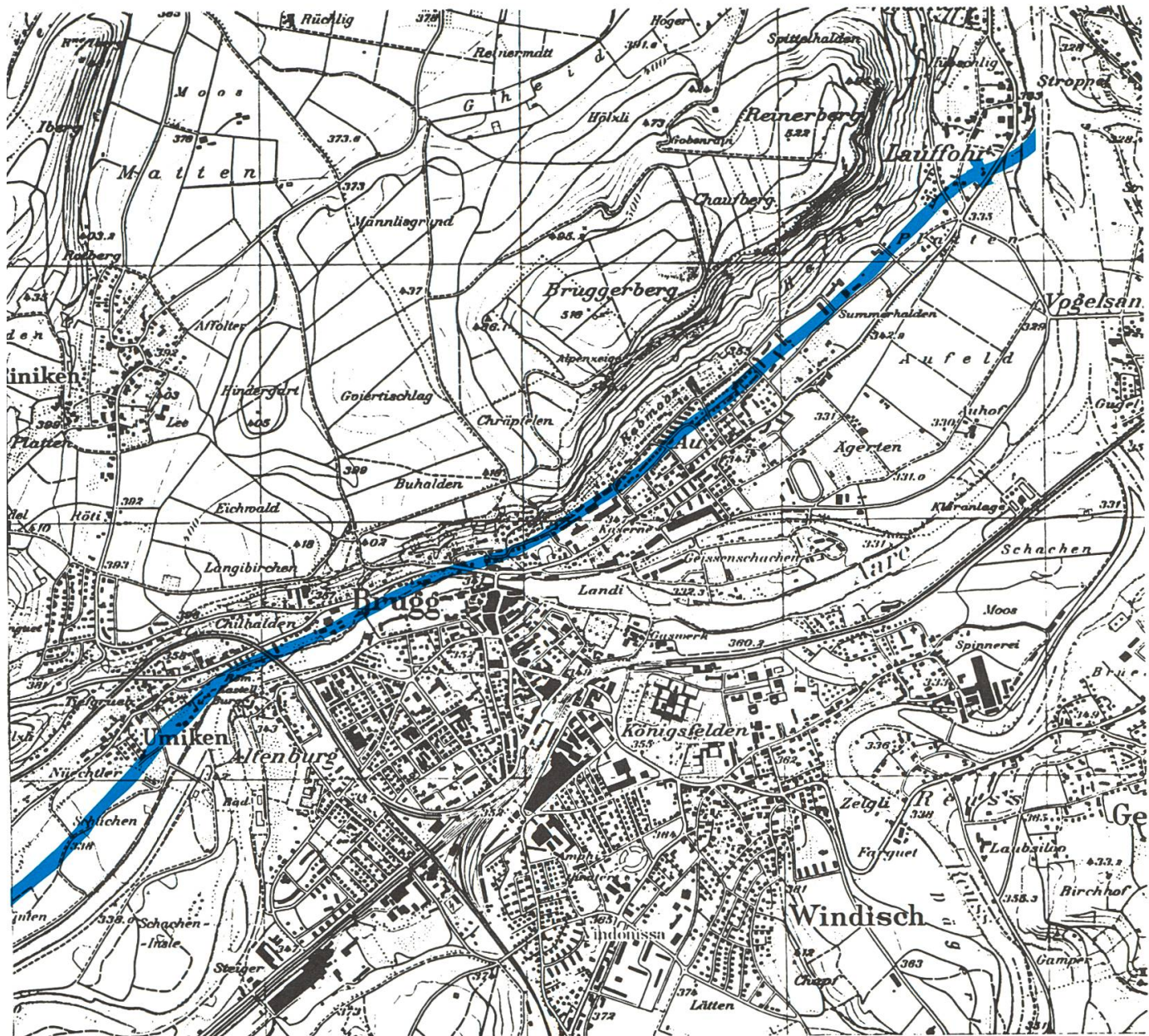
Obwohl gewaltige Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten waren, stellte kaum jemand die grundsätzliche Frage, ob man überhaupt ein Kraftwerk bauen wolle; es ging lediglich um die Entscheidung: Kanal oder Stausee. Während eine grosse Anzahl Kanalvarianten ausgearbeitet wurde, zeigten sich nur zwei denkbare Standorte für den Bau einer Stau-mauer. Der eine lag bei Altenburg, knapp oberhalb der Eisenbahnbrücke, wobei das Wasser durch die Aareschlucht abgeflossen wäre. Als zweiten Standort zogen die Planer den Freudenstein in Betracht (Abb. 3). Hier dachte man daran, das Unterwasser mit Hilfe zweier Stollen unter der Altstadt durchzuleiten und es erst beim Törlirain wieder ins alte Aarebett münden zu lassen. In der Aareschlucht wäre nur noch eine Restwasser-menge verblieben.

Bei beiden Varianten wäre etwa die gleiche Stauhöhe erreicht worden: Der Seespiegel hätte ungefähr die Höhe des Fussgängersteiges unter der Eisenbahnbrücke («Gwaggelibrugg») gehabt. Dies hätte einen Stausee mit einer Fläche von 430–480 ha ergeben. Strassen, Brücken und Eisenbahnlinien hätten neu erstellt werden müssen, und viele Häuser, vor allem in Altenburg, wären verloren gewesen. Zeitweise dachte man sogar daran, die Brunnenmühle, das Schössli Altenburg und das Bad Schinznach unter Wasser zu setzen!

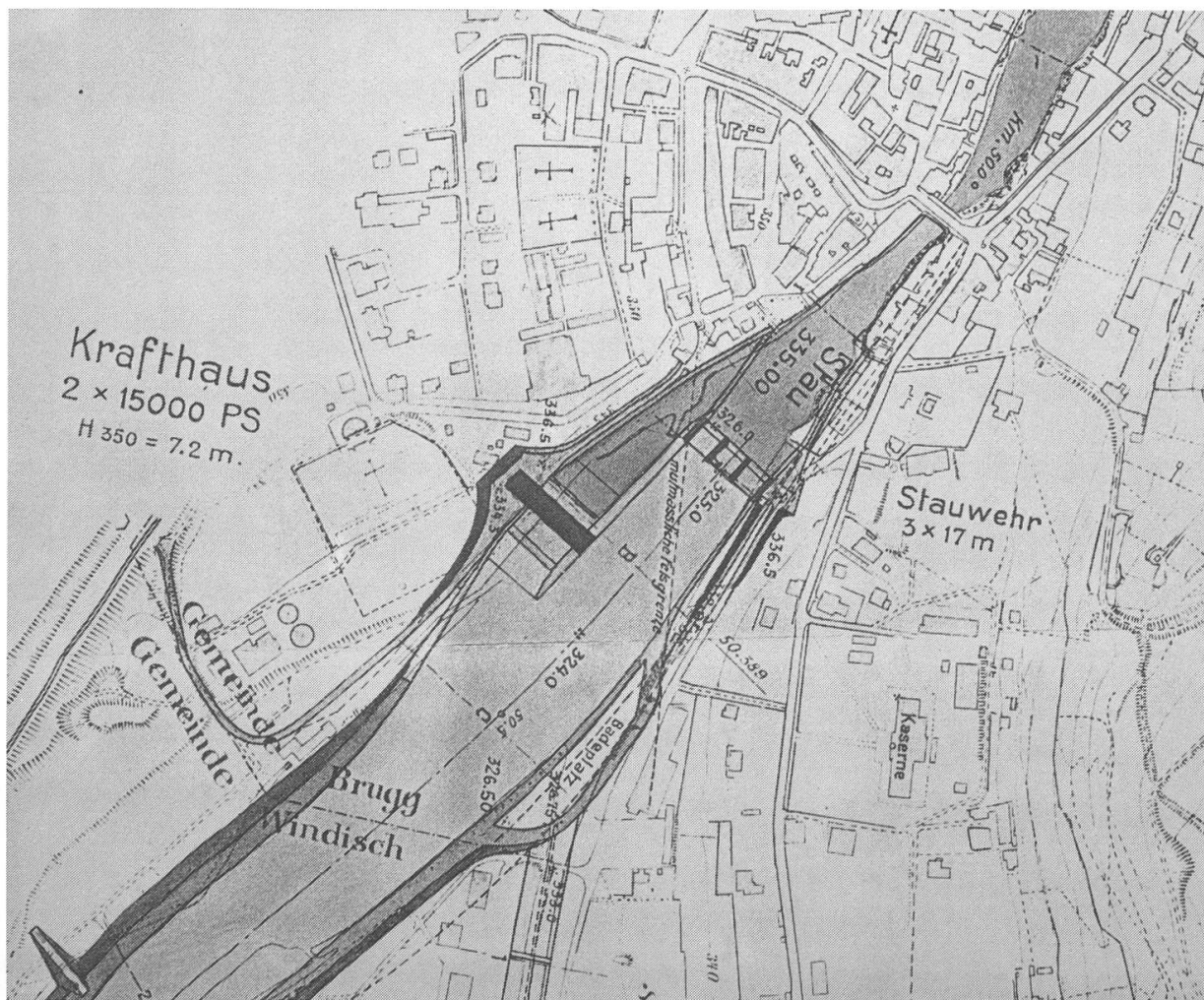
Es würde zu weit führen, alle Kanalvarianten aufzuzählen. Bei einigen handelte es sich nur um eine geringfügige Verschiebung des Kanaltrassesees oder des Maschinenhauses. Die einzelnen Varianten wurden in der Öffentlichkeit auch kaum besprochen. Trotzdem seien hier zwei Pläne vorgestellt, welche aus heutiger Sicht besonders kurios erscheinen. Beim einen wollte man eine möglichst grosse Gefällstufe ausnützen und verlegte darum das Maschinenhaus nach Lauffohr hinunter (Abb. 1). Ein langer Oberwasserkanal hätte das Wasser zugeführt und dabei ungefähr die Linie Aarestrasse Umiken–Baslerstrasse–Herrenmatt–Schützenmatt–Rebmoosweg dem Bruggerberg entlang beansprucht. Das Maschinenhaus wäre wenig westlich des alten Dorfkerns von Lauffohr gebaut worden.

Auch beim zweiten hier gezeigten Kanalprojekt sollte das Gefälle der Aareschlucht nicht ungenützt bleiben (Abb. 2). Als Standort für das Maschinenhaus wählten die Ingenieure der Motor Columbus ungefähr die Stelle, an der heute die neue Umfahrung den Verkehr über die Aare führt.

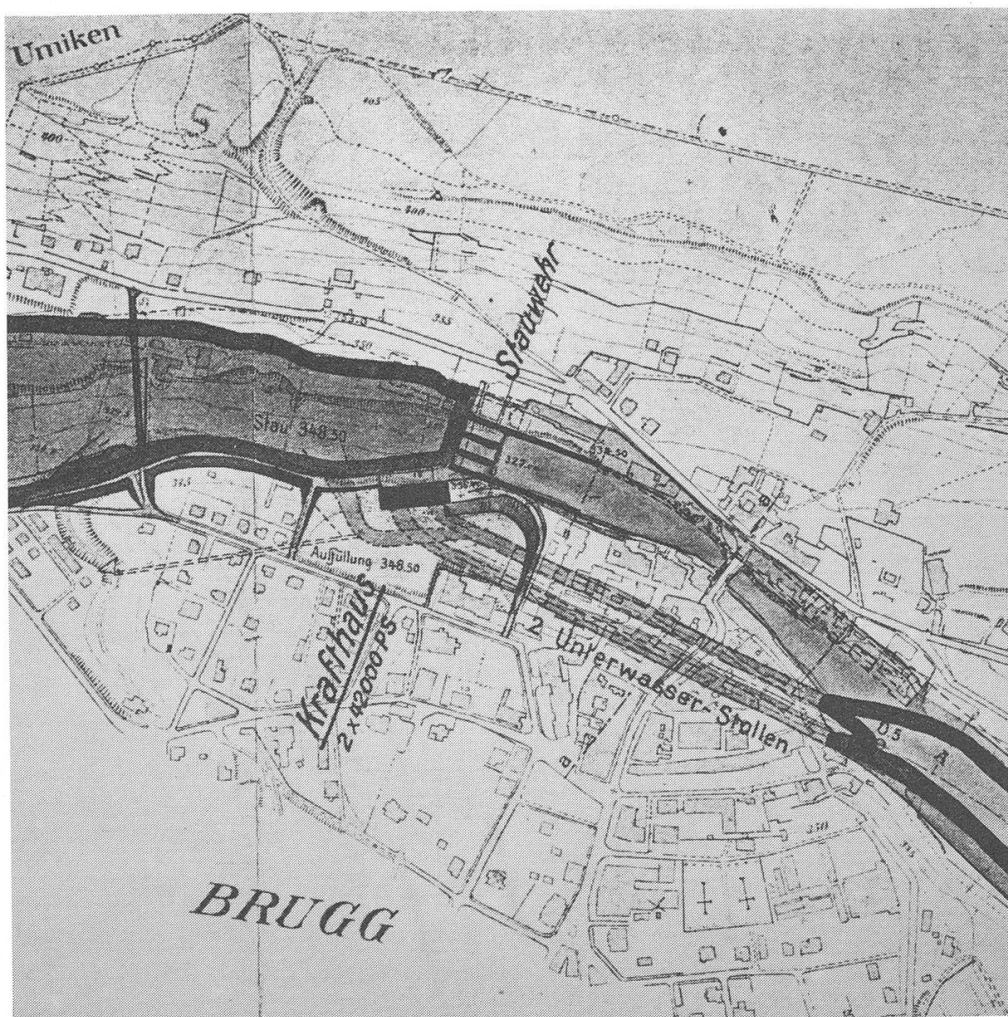
*



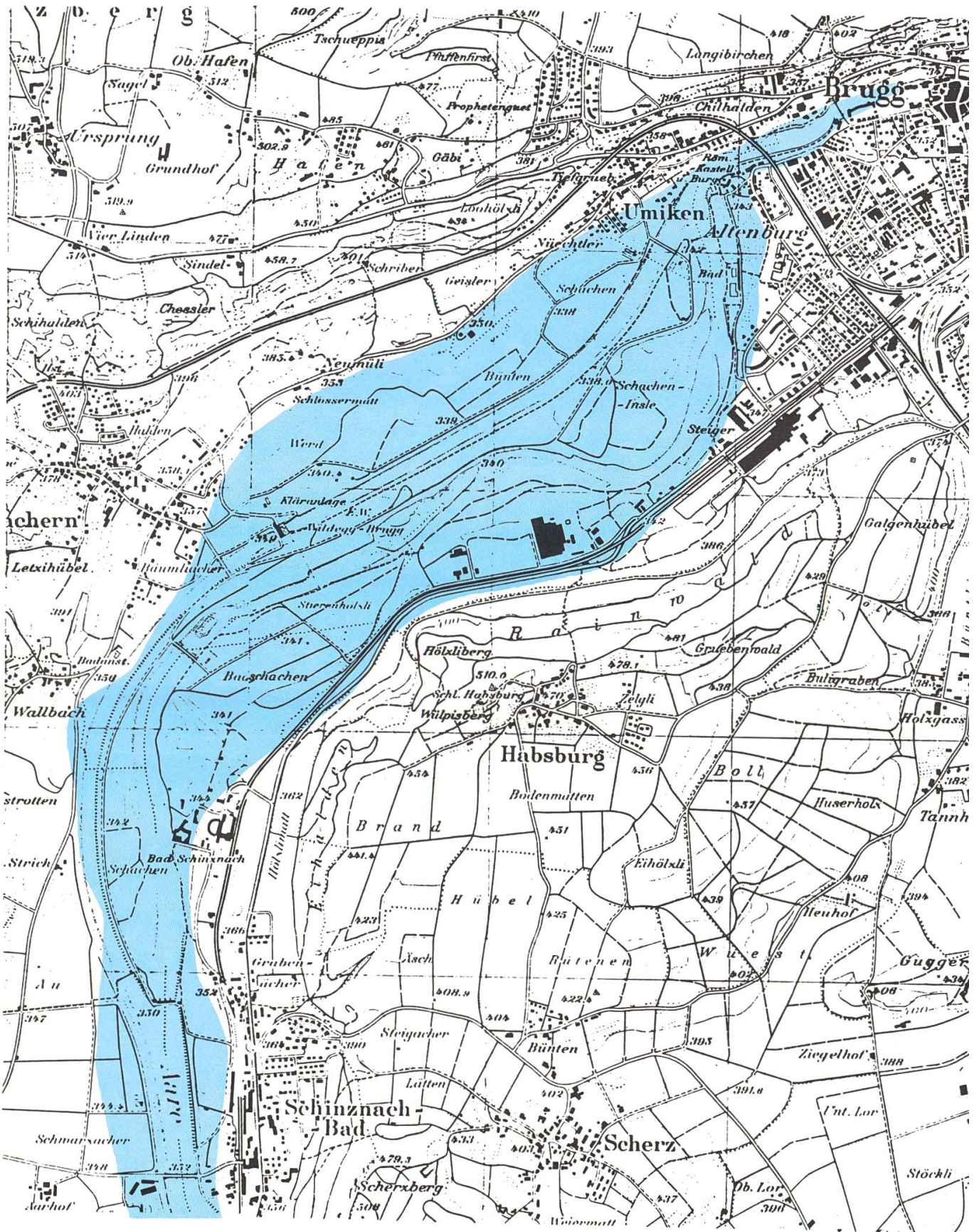
1. Kanalprojekt mit Maschinenhaus in Lauffohr.



2. Kanalprojekt mit dem Stauwehr bei der Lände und dem Maschinenhaus beim Törlirain. Beim Strängli war ein Badeplatz vorgesehen, das Strängli selbst wäre aufgeschüttet worden.



3. Stauwehr und Maschinenhaus im Freudenstein; zwei Unterwasser-Stollen führen unter der Altstadt durch bis zum Törlirain.



Die Stadt Brugg griff von allem Anfang an in den Ablauf der Dinge ein. Als ersten Schachzug versuchten die Behörden mit Erfolg, den Sitz der neu gegründeten Aarewerke AG nach Brugg zu holen. Der Stadtrat unternahm in dieser Sache verschiedene Vorstösse in Aarau und baute auf «persönliche Fühlungnahme mit massgebenden Persönlichkeiten»¹. Alles wurde natürlich «konfidentiell» oder sogar «streng konfidentiell» behandelt, also vertraulich oder streng vertraulich.

1929 schien man die Sache auf dem Land und in der Öffentlichkeit noch nicht sehr ernst zu nehmen, auch nicht, nachdem in der Presse bereits ein idyllisches Bild des zukünftigen Stausees gezeichnet wurde: «Strand- und Seebad, Sportplatz für Ruderboote und unerschöpfliche Quelle für die Fischerei»². Im Dezember war zu lesen: «Wildegg-Brugg wird in fünf Jahren in Betrieb sein»³. Noch Ende März 1930 bangte ein Zeitungsschreiber: «Hoffentlich kommt die Diskussion noch in Fluss. Sonst könnte man meinen, es sei der Bevölkerung von Brugg und Umgebung wirklich ganz gleich, wie die Lösung ausfalle»⁴.

Hinter den Kulissen wurden aber bereits die Waffen geschliffen. Der Brugger Stadtrat beschloss im Februar 1930, mit dem Heimatschutzverband, der Kulturgesellschaft und dem Verkehrs- und Verschönerungsverein Fühlung aufzunehmen. Auch sei die Presse in die Meinungsbildung einzubeziehen⁵. In Villnachern bereitete man ebenfalls eine klare Stellungnahme vor, ohne dass allerdings etwas davon aktenkundig wurde. Am 7. April 1930 fand im Hotel Fuchslin in Brugg eine Konferenz der interessierten Gemeinden statt. Die Leitung hatte der kantonale Baudirektor Studler. Villnachern trat als einzige Gemeinde resolut gegen den Stausee auf. Der Funke zündete. Der Brugger Vizeammann Lüthy schrieb im Brugger Tagblatt: «Einzig der Zwerggemeinde Villnachern, die immer dabei zu sein scheint, wenn es gilt, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen, blieb es vorbehalten, das Kanalprojekt zu befürworten.»⁶ Im Gemeinderatsprotokoll von Villnachern hiess es dazu, dies sei eine «niederträchtige Bemerkung», und: «Der Artikelschreiber wäre im Falle seiner Anwesenheit nicht ohne die ihm gebührenden Ohrfeigen heimgeschickt worden»⁷. Auch der Stadtrat war besorgt über diesen «Streit fast persönlicher Art». Damit würden weitere Verhandlungen erschwert⁸.

4. *Der geplante Stausee mit dem Wehr im Freudenstein.*

Für die Verfechter eines Stausees war es mehr als ärgerlich, dass sich Villnachern «erfrechte», die Einheitsfront der Gemeindevertreter zu durchbrechen. Die Argumente des «aufmüpfigen» Dorfes gewannen nämlich erheblich an Gewicht durch eine fast gleichzeitig publizierte längere Presseerklärung des kantonalen Wasserbauingenieurs H. Herzog, der sich vehement für einen Kanal einsetzte⁹. Der Redaktor des Brugger Tagblatts fand dessen Argumente «reichlich tendenziös gefärbt» und lieferte auch gleich ein Gegen-Gutachten eines anonymen Wasserbaufachmannes. Der Stadtrat Brugg kam zum Schluss, dass sich die einzelnen Behördenmitglieder in der Presse für den Stausee würden einsetzen müssen, «da Brugg sowohl in naturschützerischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht an dieser Lösung interessiert ist»¹⁰.

In der Öffentlichkeit wurden ebenfalls die Federn gespitzt; es erschienen nun in regelmässigen Abständen Leserbriefe. «Das Kanalprojekt wäre vom ästhetischen Standpunkt aus eine reine Barbarei, eine Versündigung, deretwegen spätere Geschlechter uns vielleicht fluchen könnten.¹¹» Oder: «Der Kanal . . . brächte Mückenplage und Froschteiche.¹²» (Vor alttestamentlichen Mücken- und Fröschenplagen wurde aber auch von den Gegnern des Stausees gewarnt.) Das Kanalprojekt würde eine «Verpestung der Luft durch faulende, stinkende Wassertümpel mit all ihren gesundheitsschädigenden Folgen»¹³ bescheren.

Der zuletzt erwähnte Einsender brachte zudem einen Vorschlag, was mit der Schinznacher Therme geschehen könnte: «Das Wasser muss demnach gefasst und weggeleitet . . . werden.» Neue Standortmöglichkeiten für ein modernes Thermalbad gäbe es verschiedene, « . . . nicht zuletzt Brugg selbst . . . ohne Zweifel liesse sich ein geeignetes Bauterrain finden.» Brugg-les-bains – warum nicht?

Für Brugg würde aber ein Stausee noch weitere Aussichten eröffnen: Seit längerer Zeit war die Frage nach einem Schwimmbad hängig. Man glaubte, der See löse dieses Problem elegant und vor allem fast kostenlos. Man stellte sich auch bereits lauschige Seepromenaden vor und empfahl dem Publikum, der eigenen Vorstellungskraft am Luganersee, in Zürich oder in Luzern etwas nachzuhelfen. Man könnte im Sommer Bootslandungsstege, im Winter eine Natur-Eisbahn benützen.

Villnachern sicherte sich inzwischen die Unterstützung des Gontenschwiler Nationalrats Richard Zschokke, der sich im September 1930 im Grossen Rat vehement und überzeugend für ein Kanalprojekt einsetzte. Er warnte vor der Verschlammung eines Stausees, vor einer Verschlech-

terung der Grundwasserverhältnisse, vor dem Verlust an Kultur- und Schachenland, vor Pegelschwankungen, welche breite Uferstreifen freilegen würden und vor dem Verlust der Schinznacher Schwefelquellen. Dabei stützte er sich unter anderem auf ein geologisches Gutachten des hochangesehenen Professors Albert Heim, welcher sich nicht nur von Berufes wegen, sondern auch aus familiären Gründen für die Entwicklung der Region Brugg interessierte – seine Frau war die Brugger Pfarrerstochter und erste Schweizer Ärztin Marie Heim-Vögtlin gewesen.

Die Debatten im Grossen Rat verliefen für Brugg und die Stauseefreunde nicht gerade wunschgemäss. Am 9. September 1930 meldeten mehrere Redner Bedenken gegen einen Stausee an. Der Stadtrat handelte prompt; er entsandte seine Mitglieder Arthur Basler und Carl Froelich sogleich als Beobachter nach Aarau und formulierte ein Telegramm mit folgendem Inhalt:

«Praesidium des Grossen Rates, Aarau.

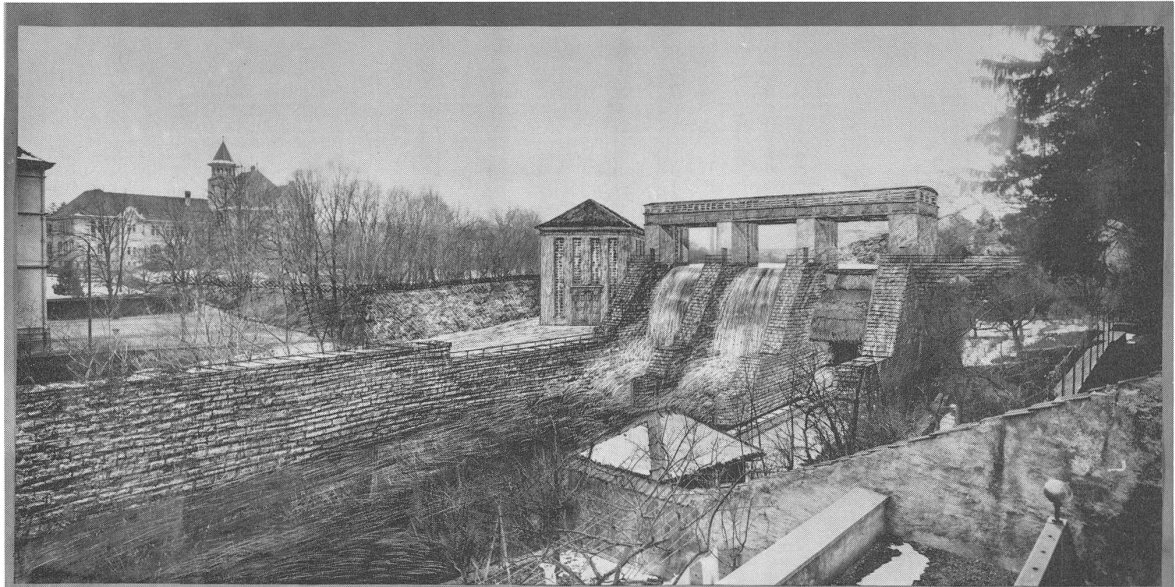
Unangenehm berührt von der gestrigen Beratung im Grossen Rat sieht sich der Gemeinderat von Brugg veranlasst, des entschiedensten gegen das Kanalprojekt der Aarewerke AG Stellung zu nehmen und in Übereinstimmung mit der nahezu einstimmigen Auffassung der Bevölkerung den Grossen Rat zu ersuchen, für den Stausee einzutreten und daran zu erinnern, dass die Vertreter der acht anliegenden Gemeinden, die unter dem Vorsitz der Baudirektion getagt haben, sich mit Ausnahme der Vertreter von Villnachern einhellig für den Stausee ausgesprochen haben.

Gemeinderat Brugg.»

Das Telegramm wurde verlesen, blieb im Grossen Rat aber ohne Wirkung.

Neuen Ärger bescherte der Ehrenbürger und Forstverwalter E. Herzog den Stadtvätern; er bekannte sich am 13. September 1930 im Brugger Tagblatt zur Kanalvariante. Der Stadtrat betrachtete dies als eine Taktlosigkeit und beschloss, «Herrn Herzog das Befremden über sein Vorgehen auszudrücken»¹⁴.

Villnachern besann sich des Bundesrates Edmund Schulthess, der dort aufgewachsen war, und beabsichtigte, ihn anlässlich seines bevorstehenden Besuches in Brugg um Unterstützung zu bitten. Brugg seinerseits nahm wieder Fühlung mit kantonalen Stellen auf und erwog eine neuer-



KRAFTWERK BRUGG
ANSICHT VOM HAUS ARCH. FRÖELICH AUS

5. und 6. Die im März 1931 ausgestellten Fotomontagen. Die Motor-Columbus schrieb dazu an die Adresse von Stadtmann Süss, die beiden Bilder dürften «auch den Nichtfachmann erkennen lassen, dass sich die Bauobjekte nicht störend in die Umgebung einfügen würden»(!) «Zu erwähnen wäre noch, dass die Bilder nur die Grössengestaltung des Stauwehres und des Krafthauses, aber noch nicht die endgültige Architektur dieser Objekte wiedergeben.»



liche Pressekampagne und die Ausarbeitung eines Gutachtens von kompetenter Hand, welches den Argumenten von Professor Heim entgegen-treten sollte.

Ende September erklärte die Aarewerke AG, sie gebe dem Kanalprojekt den Vorzug, sei jedoch bereit, die Stauseefrage nochmals zu überprüfen.

Nun regten sich auch die Gemeindebehörden von Veltheim und Schinznach-Dorf, indem sie eine öffentliche, orientierende Versammlung nach Schinznach einberiefen, an der die interessierten Landbesitzer Gelegenheit bekommen sollten, sich ein Urteil über dieses oder jenes Projekt zu bilden. Die Landgemeinden begannen sich offensichtlich von Brugg zu emanzipieren, und das nur ein halbes Jahr nach jener Versammlung im Bezirkshauptort, als ihre Behördevertreter (mit Ausnahme jener von Villnachern) unkritisch zu den Brugger Vorstellungen genickt hatten.

Der Brugger Stadtrat baute in diesen Monaten immer wieder auf die stauseefreundliche Einstellung der Aargauer Regierung, insbesondere von Baudirektor Studler. Dass «Aarau» tatsächlich für einen Stausee tendierte, beweist ein Schriftstück aus dem Gemeindecarchiv Villnachern. Als sich der dortige Gemeinderat an das Eidgenössische Wasserbauamt in Bern wandte, erhielt er in der Antwort zwar den Hinweis, es handle sich hier um eine rein kantonale Angelegenheit, welche der Kompetenz einer eidgenössischen Stelle entzogen sei, doch endet das Schreiben mit dem Hinweis: «Am 27. Oktober (1930) hat die Baudirektion des Kantons Aargau dem eidg. Eisenbahndepartement Pläne für verschiedene Varianten unterbreitet und dabei die Variante Stausee und Einfügung der Stufe Brugg-Lauffohr in den Vordergrund gestellt.¹⁵»

Aus den Protokollen des Stadtrates ist ersichtlich, dass Brugg sich in den ersten Monaten des Jahres 1931 seinen Zielen auf zwei Wegen nähern wollte: Zum einen brachten neuerliche Kontakte nach Aarau bezeichnenderweise Tips von Regierungsrat Studler, wie weiter vorzugehen sei. Daneben besprachen sich immer wieder einzelne Stadträte mit Vertretern der Aarewerke AG und kamen mit ihnen überein, gewisse Pläne dem Publikum in Brugg zugänglich zu machen. «Aarau» liess vorher aber noch verlauten, die deutschen Geschäftspartner hätten mitgeteilt, sie lehnten es ab, ein Projekt gegen den offenbaren Willen der Bevölkerung zu unterstützen. Mehrmals wurde im Stadtrat auch über eine Idee von Stadtammann Süss gesprochen, der noch eine Variante im Kopf hatte: Er wollte nichts weniger als die Vertiefung und Verbreiterung der Aareschlucht, um damit die Strömungs- und Platzverhältnisse zu verbessern!

Und dann kam es im März 1931 eben zur Auflage von Plänen und auch Photomontagen (Abb. 5 und 6) im Stadthaus Brugg. Obwohl es sich dabei um eine rein orientierende Massnahme handelte, die keinerlei rechtliche Konsequenzen hatte, zeigte es sich, dass man psychologisch nicht gerade geschickt vorgegangen war. Die Landgemeinden kamen sich neuerlich übergangen vor: Wurden denn ihre Interessen überhaupt nicht ernst genommen? Wurde denn alles nur nach den finanziellen Vorteilen von Brugg gedreht?

Im April hagelte es im Brugger Tagblatt Leserbriefe; Versammlungen und Vorträge wurden allenthalben organisiert. Das Interesse der Öffentlichkeit schien enorm zu sein. Villnachern schöpfte Hoffnung, denn eine Broschüre mit dem Titel «Stausee / Kanal» erschien, worin verschiedene Persönlichkeiten auch aus Brugg für die Kanalvariante Stellung nahmen. Dass längst nicht alle Brugger hinter dem Stauseeprojekt standen, beweist eine Notiz in den Stadtratsprotokollen, nach der Herr Karl Hartmann mitteilte, dass der Lehrer Hans Müller seine Schüler für einen Kanal einzunehmen versuche und auch entsprechende Informationen an die Adresse der Eltern weitergebe.

Die Behörden von Brugg wollten nun schlüssige Informationen darüber erhalten, wie die Bevölkerung wirklich dachte und berief zu diesem Zweck auf Dienstag, den 19. Mai, eine Gemeindeversammlung ein. Die Traktandenliste beschränkte sich auf das Protokoll und die Kraftwerkfrage. Gleichentags richtete das Brugger Tagblatt einen «letzten Appell» an die Arbeiter, an Beamte und Angestellte, Handwerker und Gewerbetreibende, an Industrielle und Wissenschaftler. Der Aufruf schloss poetisch:

«Brugg am See

Frischauf zum guten Werke,
Die Arme hebt empor,
Nur Einigkeit macht Stärke,
Der Zank bringt nichts hervor.
Lass fahren hin das Alte,
Die Zukunft bringt uns Glück,
Dass nur dein Geist hier walte,
Stets vorwärts, nie zurück!
Ein grosses Werk ersteh',
Hoch lebe Brugg am See.»

An der Gemeindeversammlung erschienen zwei Drittel aller Stimmberechtigten, nämlich genau 800 Personen. Nachdem Stadtmann Süss einen Überblick über den Stand der Dinge gegeben hatte, ergriff ein eingeladener Vertreter der Aarewerke AG das Wort und erklärte die bereitgestellten Pläne, wobei er besonders auf Probleme einer möglichen zukünftigen Binnenschifffahrt einging. (Man glaubte, die Schiffbarmachung der Aare werde in nicht allzu weiter Ferne in Angriff genommen.) Nach der sehr kurzen Diskussion – die Meinungen waren offenbar schon gebildet – schritt man zur geheimen Abstimmung. 576 Anwesende stimmten für einen Stausee, 201 dagegen.

Diesem Resultat kam natürlich nur konsultativer Charakter zu, denn das letzte Wort hatte der Grosse Rat zu sprechen. Trotzdem wurden die ländlichen Behörden dadurch von neuem aufgeschreckt. Villnachern erachtete eine Gegenaktion der Landgemeinden als dringend notwendig und setzte sich sogleich mit Schinznach in Verbindung. Anfangs Juni beschlossen die Gemeinderäte von Villnachern, Birrenlauf (Schinznach-Bad), Veltheim und Schinznach, eine öffentliche Versammlung nach Schinznach einzuberufen. Die Einwohner der dortigen Region sollten ebenfalls in den Genuss einer umfassenden Information kommen. Am 13. September war es soweit. Nachdem wie in Brugg Herr Gugler von der Aarewerke AG referiert hatte, nahmen die etwa 400 anwesenden Personen einstimmig eine Resolution gegen den Stausee an.

Vorher wandte sich Villnachern noch mit der Bitte um öffentliche Stellungnahme gegen die bevorstehende Überflutung von landwirtschaftlich genutztem Boden an Professor Laur vom Bauernsekretariat, doch es erhielt keine wirksame Hilfe von ihm. Dagegen kam unerwartet Unterstützung von der Schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz, die in einer schriftlichen Kundgebung dem Kanalprojekt «ganz entschieden den Vorzug vor dem Stauseeprojekt» gab. Ausserdem bemühten sich bereits Vertreter der Motor Columbus um Vorverträge zum Ankauf von Land, welches im Falle der Erstellung eines Kanals beansprucht würde.

*

Doch dann kehrte wieder Ruhe ein. Die Entwicklung der Wirtschaftslage verunmöglichte es auf Jahre hinaus, an die Realisierung des Werkes zu denken. Grössere Investitionen wurden in der damaligen Krise tunlichst vermieden; finanzkräftige Stellen gingen mit ihren Mitteln äusserst

haushälterisch und zurückhaltend um. So konnte das Brugger Tagblatt am 26. September 1931 schreiben: «Die etwas zugespitzte Situation zwischen Stadt und Land dürfte sich wieder mildern.»

*

Als sich die NOK nach dem zweiten Weltkrieg um die Konzession bemühte, war von einem Stausee nicht mehr die Rede. Ein Kanalprojekt sollte raschmöglichst ausgeführt werden. Neue geologische Erkenntnisse machten es zwar notwendig, die Pläne nochmals zu überarbeiten, doch im wesentlichen gab es nun keine weiteren Verzögerungen mehr. 1948 erfolgte die Planaufgabe, und im folgenden Jahr begannen die Bauarbeiten, welche bis 1953 dauerten.

Heute sind die heftigen Auseinandersetzungen um dieses Werk vergessen. Der Kanal bei Villnachern ist längst zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Landschaft geworden.

Benützte Quellen:

Stadtarchiv Brugg: Stadtratsprotokolle und Akten.

Archive der Gemeinden Villnachern, Umiken und Schinznach-Dorf: Gemeinderatsprotokolle, Gemeindeversammlungsprotokolle und Akten.

Brugger Tagblatt.

Firmenarchive der Aarewerke AG und der NOK.

Zum gleichen Thema erschien am 19. Mai 1981 im Badener Tagblatt ein ausführlicher Artikel von Myrtha Schmid.

Die Wiedergabe der Kartenausschnitte erfolgt mit freundlicher Bewilligung des Bundesamtes für Landestopographie vom 9. September 1985. Es handelt sich um verkleinerte Ausschnitte aus der Landeskarte 1:25000, Blätter Aarau und Baden.

Anmerkungen:

¹ Stadtarchiv Brugg: Stadtratsprotokoll vom 16.1.1929

² Brugger Tagblatt vom 19.8.1929

³ Brugger Tagblatt vom 21.12.1929

⁴ Brugger Tagblatt vom 29.3.1930

⁵ Stadtarchiv Brugg: Stadtratsprotokoll vom 19.2.1930

⁶ Brugger Tagblatt vom 10.4.1930

⁷ Gemeindearchiv Villnachern: Protokoll der Gemeindeversammlung vom 10.4.1930

- ⁸ Stadtarchiv Brugg: Stadtratsprotokoll vom 16.4.1930
- ⁹ Brugger Tagblatt vom 9.4.1930
- ¹⁰ Stadtarchiv Brugg: Stadtratsprotokoll vom 9.4.1930
- ¹¹ Brugger Tagblatt vom 29.3.1930
- ¹² Brugger Tagblatt vom 1.4.1930
- ¹³ Brugger Tagblatt vom 8.4.1930
- ¹⁴ Stadtarchiv Brugg: Stadtratsprotokoll vom 17.9.1930
- ¹⁵ Gemeindearchiv Villnachern: Akten zum Aarekraftwerk Wildegg-Brugg, Brief vom 16.12.1930